Interview mit Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der DIHK, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Vor einer halben Stunde hatten wir in unserem Wirtschaftsgespräch schon einmal das Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum thematisiert. Dort wurde uns erklärt, dass 2000 deutsche Firmen derzeit auch in der Ukraine schon tätig sind. Ein großer Player dort ist zum Beispiel Bayer und dieser Pharma- und Agrarkonzern will dort weiter investieren.

Am Telefon ist nun der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Martin Wansleben, einer derjenigen, die heute einladen, um gemeinsam weiterzukommen. – Guten Morgen, Herr Wansleben.

Martin Wansleben: Guten Morgen, Frau Engels.

Engels: Wenn man das so hört, das kann doch nicht sein: Alles eitel Sonnenschein in den deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen?

Wansleben: Was heißt hier Sonnenschein? – Wir machen die Veranstaltung schon das sechste Mal und unser Anliegen war immer schon, alles daran zu setzen, die Ukraine stärker in den deutschen und europäischen Wirtschaftskreislauf zu integrieren. Es ist klar, dass mit dem Beginn des Krieges dieses Thema einen besonderen Stellenwert hat. Die Frage ist, was sind die Alternativen. Wenn man selber mal in die Ukraine reist – ich hatte die Möglichkeit, zusammen mit Robert Habeck dort hinzufahren -, dann sieht man, wie bewundernswürdig die Ukraine so was wie auch eine Normalität in Kriegszeiten versucht zu organisieren, und die Wirtschaftszahlen zeigen das ja auch. Sie sind erstaunlich erfolgreich.

Engels: Eitel Sonnenschein bezog sich eher darauf, dass man sich kaum vorstellen kann, dass ein Unternehmen aus Deutschland dort investieren will, wo man ja nie sicher sein kann, ob nicht eine russische Rakete in die eigene Fabrikhalle einschlägt. Da ist doch eigentlich erstaunlich, dass überhaupt Investitionsdrang vorherrscht. Was macht das aus?

Wansleben: Frau Engels, Sie haben völlig recht. Ich habe selbst mehrere Firmen, auch die Firma Bayer besucht. Da hält man die Luft an. Man hat selbst eine schusssichere Weste mindestens in der Tasche dabei, um im Zweifel sie anzulegen, und kriegt Anweisungen, wo man hinlaufen muss, wenn Raketenalarm ist. Dann kriegt man berichtet über Investitionen,

über Zukunftsvorhaben, was neu entwickelt wird, und auch darüber, wie erfolgreich die Geschäfte laufen. – Ja, das ist so und das ist sehr bewundernswürdig. Deswegen fühlen wir uns zusammen mit Ostausschuss und der Deutsch-Ukrainischen Außenhandelskammer und wir als DIHK außerordentlich motiviert, auch unseren Beitrag dazu zu leisten, dass das positiv weiter nach vorne geht.

Engels: Einen Beitrag dazu zu leisten. Aber da wünschen Sie sich vor allen Dingen auch Unterstützung der Bundesregierung. Wir haben auch das schon gehört. Man braucht Absicherungen für den Fall, dass dort Investitionen beschädigt werden, und die sollen staatlicher Weise ausgebaut werden?

Wansleben: Das Problem ist, dass in Ländern, wo Krieg ist, aus deutscher Sicht oder aus normaler Sicht, muss man sagen – das hat mit Deutschland nichts zu tun -, Versicherungen nicht möglich sind, weil Versicherungen leben ja immer vom Gesetz der großen Zahl und in Kriegszeiten ist die große Zahl unterbrochen durch Raketeneinschlag oder Nichtraketeneinschlag. Das ist das Problem.

Das heißt: Alles das, was wir in Deutschland versichern, Transportversicherung, gibt es nicht. Sie kriegen keine Gebäudeschäden-

Versicherung, weil es ja nicht Naturkatastrophen sind, die im Zweifel das Gebäude zerstören, sondern eine feindliche Rakete. Das ist das Problem und die Frage ist jetzt, wie kann man das so austarieren, dass Schritt für Schritt so was wie eine normale Geschäftstätigkeit möglich ist, ohne dass das einzelne Unternehmen Risiken übernehmen muss, was es als einzelnes Unternehmen nicht übernehmen kann. Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung schon angefangen hat mit einem Investitionsschutz. Das heißt: Wenn Sie eine Halle bauen und die Halle wird zerbombt, dann ist das über die Bundesregierung oder über Deutschland versichert. Aber es gibt eine Fülle anderer Absicherungen wie zum Beispiel Transportversicherungen, die notwendig sind, um am Ende Produkte in die Ukraine zu liefern. Nehmen Sie mal einen Maschinenbauer. Wenn der liefert, dann ist der Gefahrenübergang in der Regel am Hof oder in der Halle des Kunden, aber der deutsche Maschinenbauer kann überhaupt nicht das Risiko übernehmen, in die Ukraine eine Maschine zu transportieren. Das sind die Fragen von ganz groß bis ganz konkret und vermeintlich ganz klein.

Engels: Viele Absicherungen braucht es als Rahmenbedingungen, um dort zu investieren.

Wansleben: Ja!

Engels: Jetzt sehen sich aber viele deutsche Unternehmen Rezessionsängsten oder gar schon einer echten Rezession in ihrer Branche gegenüber. Dämpft das die Investitionen in der Ukraine?

Wansleben: Die aktuelle wirtschaftliche Situation, die wir in Deutschland haben, da ist völlig klar, dass das Liquidität, vom Geld her, von der Ertragsseite her die Möglichkeiten der Deutschen einschränkt, dort zu investieren. Das ist völlig klar. Es ist aber dennoch erstaunlich, dass gerade diejenigen, die schon länger da sind, die vor Ort Erfahrungen haben, eher bereit sind, dort zu investieren, weil sie auch die Möglichkeiten sehen. Das klingt jetzt schon fast zynisch, wenn es um den Wiederaufbau nach dem Krieg geht, aber das ist ja ein gigantischer Agrarstaat mit Rohstoffen. Da gibt es viele Felder, wo es Geschäftsmöglichkeiten gibt und wo ukrainische Firmen und auch deutsche Firmen gutes Geld verdienen können.

Engels: Firmen, die schon länger in der Ukraine sind, werden auch darüber Bescheid wissen, dass es ein großes Problem gibt, das vor dem Krieg schon akut war, nämlich, dass die Ukraine in vielen Strukturen als korrupt gilt, auch lange bei den internationalen Bewertungsskalen immer

auf den hinteren Plätzen landete. Nun hat sich die ukrainische Regierung immer nach außen hingestellt, dagegen vorgehen zu wollen. Passiert das auch in der Praxis?

Wansleben: Sie sprechen ein ganz schwieriges Thema an, was immer schon eine Herausforderung war. Ich bin persönlich sehr erstaunt, positiv überrascht, mit welcher Deutlichkeit auch von offizieller Seite in der Ukraine bei Gesprächen in der Ukraine, auch im Kontakt mit ukrainischen Unternehmen das Thema angesprochen wird. Das wird überhaupt nicht mehr tabuisiert. Man redet offen darüber. Und jetzt könnte ich fast sagen: In dem Maße, wie Korruption transparent wird, gibt es sie nicht mehr. Das ist leider noch nicht der Fall, aber was auch sehr hilfreich ist, ist die Perspektive, dass die Ukraine zur EU schrittweise sich annähert und mal Mitglied werden kann, denn die Regierung ist ganz klar bemüht, jetzt neue Regulierungen, neue Gesetze einzuführen, die EU-kompatibel sind, und das Thema Korruption spielt dabei bei allen Seminaren, bei allen Vorträgen und bei allen Geschäften immer eine große Rolle. Wir empfehlen auch deutschen Unternehmen, da sehr zurückhaltend zu sein, wie auch sonst, und es gibt auch Ansprechpartner in der Regierung, die bei solchen Fällen aktiv werden. Das Thema ist transparent, das Thema wird klar adressiert und es ist besser geworden, aber es ist noch da, ohne Frage.

Engels: Es ist noch da und wird das auch früher oder später Investitionen dämpfen, wenn sich da nicht rasch etwas tut?

Wansleben: Eins ist klar: Ein deutsches großes Unternehmen oder auch ein Mittelständler kann es sich nicht leisten, dort in großem Stil involviert zu sein. Das heißt, hier gibt es ein klares Stoppschild. Das weiß die ukrainische Regierung ganz klar und die wissen um die Bedeutung dieses Themas. Wir adressieren das. Das merken Sie auch, dass ich mit dem Thema offen umgehe. Wir adressieren das Thema auch sehr deutlich und klar und versuchen, auch Teil von Lösungen zu sein, indem wir mit unserer Auslandshandelskammer Ansprechpartner haben, wenn ihr Probleme habt meldet euch, wenn ihr euch nicht persönlich zu erkennen geben wollt, dann übernehmen wir das und gehen zu den staatlichen Stellen hin. Da gibt es unterschiedliche Bemühungen, Schritt für Schritt das besser zu machen, aber es gehört auch zur Wahrheit, dass ein Kriegszustand jetzt nicht unbedingt die beste Konstellation ist, solch ein Thema mit erster Priorität zu behandeln. Die erste Priorität – das wird einem auch klar, wenn man in der Ukraine ist, und das ist auch absolut nachvollziehbar – ist, den Krieg erfolgreich zu beenden, zu siegen und nicht unterzugehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.